

Fritz Kuhn fordert "New Deal"

Fraktionssprecher der Bundestagsfraktion der Grünen zu Gast in Metzingen



Fritz Kuhn und Beate Müller-Gemmeke in der Metzinger Stadthalle.

Foto: Norbert Leister

Auf dem Parkett der Bundespolitik ist Fritz Kuhn seit vielen Jahren bekannt. Am Mittwochabend war der Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen auf Wahlkampftour in Metzingen zu Gast.

NORBERT LEISTER

Metzingen Inmitten der baden-württembergischen Sommerferien plätschert der Bundestagswahlkampf vor sich hin und wird von den meisten Bewohnern des Ländles gar nicht registriert. "Weil er trotz Krisenzeiten gar nicht stattfindet", sagte Beate Müller-Gemmeke am Mittwochabend in der Metzinger Stadthalle vor rund 60 Zuhörern. Mit Fritz Kuhn hatte die Kandidatin ein bundespolitisches Schwergewicht eingeladen, um mit ihm Schwung zumindest in den grünen Wahlkampf zu bringen.

"Wir brauchen einen grünen New Deal", forderten Müller-Gemmeke und Kuhn im Duett. Was sie damit meinten? In Anlehnung an die Wirtschafts- und Sozialreformen unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren, sei heute auch in Deutschland ein "New Deal" notwendig - und zwar in Sachen Bildung, im Bereich des Klimaschutzes und der Gesundheitspolitik. Eine Million Arbeitsplätze könnten nach den Worten des Fraktionssprechers der Grünen im Bundestag dort in den kommenden vier Jahren geschaffen werden. Wie das funktionieren soll? Durch gezielte Subventionen - die im Gegensatz zur "Abwrackprämie" kein ökologischer Unsinn seien.

Möglich sei das etwa in der Altbausanierung: Gerade mal 0,8 Prozent der alten Gebäude würden zurzeit pro Jahr saniert. "Die Quote muss aber rauf auf vier Prozent", forderte Kuhn. Damit werde nämlich nicht nur das örtliche Handwerk unterstützt, sondern gleichzeitig auch dem vordringlichsten Argument Vorschub geleistet - dem Energiesparen. Denn: Noch vor dem dringend notwendigen Ausbau von regenerativen Energien sei das Stromsparen angesagt.

Doch auch im Gesundheitssystem müsse einiges passieren: So fordert der grüne Bundestagsfraktionssprecher eine Bürgerversicherung, die nicht allein über die Arbeitseinkommen finanziert werde, sondern über jegliche Gewinne, die in der Gesellschaft erzielt werden. Zudem könnten im Gesundheitsbereich und vor allem in der Pflege zahlreiche neue Jobs für die Senkung der Arbeitslosenquote sorgen. Gleichzeitig gelte es, das Gesundheitssystem noch stärker unter die Lupe zu nehmen: Das schon bestehende Zwei-Klassen-System müsse wieder abgeschafft und die Überversorgung in manchen Bereichen gedrosselt werden. Ein Beispiel: "In Berlin gibt es so viele Röntgenpraxen wie in ganz Italien", sagte Fritz Kuhn. "Wir können auch im Gesundheitssystem Kosten sparen", so seine Schlussfolgerung.

Die meisten Arbeitsstellen könnten nach dem "grünen New Deal" aber im Bereich der ökologisch sinnvollen Techniken wie mit der Photovoltaik geschaffen werden. "Aber auch die Autoindustrie gerade in Baden-Württemberg ist nicht nur in einer Konjunktur, sondern auch in einer Strukturkrise", so Kuhn. "Sie bieten die falschen Produkte an -

die Welt braucht aber energiesparende emissionsfreie Automobile." Gefragt seien nicht die großen Spritfresser, sondern kleine und "wahrscheinlich batteriebetriebene Autos". Kurz ging Kuhn auch auf die Gegner der "Grünen" ein: "Wer jetzt verspricht, die Steuern zu senken, der erzählt Märchen", sagte er. Runter mit den Steuern, angesichts einer Summe von 100 Milliarden Euro neuer Schulden im kommenden Jahr? Möglich wäre das nur, wenn der Sozialstaat noch weiter zurückgestrichen werde, so das Fazit von Kuhn.

"Es wäre der Hohn, wenn die Folgen der Finanzkrise ausgerechnet die Menschen bezahlen müssten, die eh nie die Möglichkeit hatten, überhaupt zu investieren." Fritz Kuhn in einer Art Schlusswort: "Wir können und wollen regieren - aber nicht um jeden Preis." Eventuelle Sondierungsgespräche mit der CDU wären schnell beendet, wenn die Laufzeiten von Atomkraftwerken wie gehabt weiter verlängert werden sollten. "Die Gespräche dauern dann keine halbe Cola."